
Kommune

Stellungnahme zum Zuwendungsantrag

1. Grundlage

Ratsbeschluss vom (bitte beifügen)

2. Art der Maßnahme

Neue Maßnahme

☐

Fortsetzungsmaßnahme

☐

aus Haushaltsjahr

3. Priorität

Es handelt sich um eine freiwillige Leistung

☐

Es besteht eine Rechtspflicht zur Leistung

aus Gründen der Gefahrenabwehr

☐

aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen

☐

aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen

☐

aus sonstigen Gründen

☐

Die Maßnahme ist unaufschiebbar wegen

notwendiger Rationalisierung

☐

zur Substanzerhaltung

☐

zur Fortführung dringender Arbeiten

☐

aus Gründen der Gefahrenabwehr

☐

aus sonstigen Gründen

☐

Erläuterungen:

4. Kosten

Gesamtkosten

Euro

beantragte Landeszuwendung

Euro

sonstige Einnahmen v. Dritten

Euro

Eigenanteil

Euro

von den Gesamtkosten
bereits vorfinanziert

Euro

Die Auszahlungen sind im Haushaltsplan bzw. in der Investitions-/Finanzplanung
noch nicht
wie folgt

berücksichtigt:

Haushalts- jahr	Teilplan / Produkt	Einzahlungen, davon investiv / konsumtiv	Auszahlungen, davon investiv / konsumtiv	Zuwendung / Drittmittel

erwartete Folgekosten gesamt ca.

davon Aufwand für Abschreibungen

ggf. Zinsen

ggf. lfd. Unterhalt (konsumtiv)

Euro

Euro

Euro

Euro

pro Jahr

pro Jahr

pro Jahr

pro Jahr

Erläuterungen:

5. Stellungnahme des Kämmerers

Die Finanzierung der Eigenanteile ist nach dem jetzigen Planungstand gesichert.
Gegen die beantragte Fördermaßnahme bestehen daher keine Bedenken.

☐

Gegen die beantragte Fördermaßnahme bestehen Bedenken, weil

☐

Begründung:

Zusatz für Kommunen im Haushaltssicherungskonzept (HSK):

Die Fördermaßnahme ist bei der Aufstellung / Fortschreibung des HSK mit ihren Folgeaufwendungen
i.H.v. € berücksichtigt und gefährdet die Ziele des HSK nicht.

☐

Zusatz bei Kommunen **ohne** genehmigtes/genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept (HSK):

Die Finanzierung der Eigenanteile ist mit § 82 GO NW vereinbar, weil

Begründung:

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Kämmerers)